

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ UND „ARBEITSRECHT“

Erscheint jeden Donnerstag. — Redaktionschluss Sonnabend.
Verantwortlich für die Redaktion: A. Santez, Berlin NW 40,
Reichstagsufer 8. — Fernsprecher: Amt Hansa 8462 und 4934.

Verlag: A. Santez, Berlin NW 40, Reichstagsufer 8.
Druck: Fortwärt's Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezugspreis: 1,50 M. monatlich. In beziehen durch die Post.
Inserate: Die sechsgespaltene Nonpareilzeile bei Arbeitsmarkt.
Gratulationen aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Der Faschismus in Italien

Nach einem Vortrag in der Gau- und Bezirksleiterkonferenz am 7. Februar in Berlin

Von Prof. Dr. Hermann Heller

Der italienische Faschismus interessiert uns politisch vor allem deshalb, weil es seit den Septemberwahlen vorigen Jahres eine große nationalsozialistische Partei gibt, die sich erklärtermaßen ihn zum Vorbild genommen hat. Im Juli vorigen Jahres sagte Hitler zu Otto Straßer: „Wir haben jetzt ein Vorbild, das wir ohne weiteres annehmen können — den Faschismus!“, und der thüringische Minister Fried erklärte in einer Versammlung am 18. Oktober 1929: „Genau so wie Mussolini in Italien die Margisten ausgerottet hat, so muß es auch bei uns durch Diktatur und Terror erreicht werden.“

Wir haben also allen Anlaß zu fragen, wie das faschistische Original in Italien aussieht. Daß wir tatsächlich darüber so wenig wissen, kommt daher, weil es Mussolini mit großer Geschicklichkeit gelungen ist, die ausländischen Berichterstattungen über die faschistischen Einrichtungen entweder zu beeinflussen oder zu unterdrücken.

Mussolini, der bis zum Weltkrieg bekanntlich ein höchst radikal tuender Sozialist war, der die Führer der sozialistischen Partei ausschließen wollte, weil sie sich für eine friedliche Entwicklung einsetzten und seinen Bürgerkriegsforderungen entgegentraten, ist nach dem Kriege mit dem Geld der oberitalienischen Industriellen zur Macht gelangt und herrscht heute unbegrenzt mittels dreier Organisationen.

Seine militärische Organisation ist vor allem die faschistische Miliz mit 300 000 Mann, die Gendarmerie mit 65 000 Mann, das stehende Heer mit 175 000 Mann, wozu noch mindestens 15 000 Polizisten kommen. Bedenken wir, daß das nichts weniger als politisch ruhige Deutsche Reich mit 20 Millionen Einwohnern mehr nur über 100 000 Mann Reichswehr und 100 000 Mann Polizei verfügt, dann kann leicht errechnet werden, daß die diktatorische Regierung mehr als viermal so viel bewaffneten Schutz braucht als die demokratische Regierung Deutschlands.

Die politische Organisation der faschistischen Diktatur ist die faschistische Partei, die etwas über eine Million Mitglieder zählt. Auch sie ist wie alle anderen Einrichtungen durchaus von oben diktiert, darf keinen selbständigen politischen Willen äußern, und alle ihre Funktionäre werden von oben ernannt. Das Parteiabzeichen gibt allerdings gewaltige Möglichkeiten der ökonomischen Lebensverbesserung. Selbst die Kinder von Parteiangehörigen werden schon gefählich vor allen anderen Kindern, zum Beispiel bei Vergabung von Stipendien und Freiplätzen, bevorzugt. Selbstverständlich sind alle anderen politischen Parteien verboten.

Die dritte und interessanteste Organisation zur diktatorischen Beherrschung des italienischen Volkes sind die faschistischen Gewerkschaften, in Italien Syndikate genannt. Sie sind dadurch zustande gekommen, daß sowohl die freien Gewerkschaften wie die katholischen Ge-

werkschaften von den bewaffneten Banden Mussolinis zerstört, ihre Häuser angezündet, ihre Führer entweder ermordet, verbannt oder zur Flucht ins Ausland gezwungen wurden. Es bedarf besonderer Betonung, daß sich dieser Terror genau so gegen die katholischen, wie gegen die freien Gewerkschaften gerichtet hat und der Papst damals für die durch den Terror Geschädigten eine größere Spende machte. Selbstverständlich besteht auch ein faschistisches Gewerkschaftsmonopol. Die Arbeiter werden zum Eintritt in diese Gewerkschaften vor allem dadurch gezwungen, daß nach dem Gesetz die Arbeitgeber verpflichtet sind, sich die Arbeitnehmer durch Vermittlung der staatlichen Arbeitsnachweise zu beschaffen, wobei diese die Pflicht haben, die Mitglieder der faschistischen Partei und der faschistischen Gewerkschaften zu bevorzugen, was bei einem Volk mit großer Arbeitslosigkeit immer einen genügend starken Druck auf den Magen bedeutet.

Bei diesen Syndikaten müssen wir etwas verweilen, denn an sie knüpft das im Auslande verbreitete Märchen an, der Faschismus sei so etwas wie eine Vereinigung von Nationalismus plus Sozialismus. In Italien selbst glaubt dieses Märchen schon deshalb niemand, weil Mussolini immer wieder das Gegenteil erklärt hat. So zum Beispiel sagte er in der Senats-sitzung vom 11. März 1926: „Der Kapitalismus sei geradezu ein Programmpunkt des Faschismus“, und gelegentlich des fünften Jahrestages des Marsches auf Rom dekretierte er: „Nichts von Staatssozialismus oder irgendeinem anderen Sozialismus“. Es ist nichts als Simpelsang, wenn unsere Nationalsozialisten die Behauptung aufstellen, in Italien gäbe es irgend etwas wie Sozialismus. Mussolini kann auch, selbst wenn er es wollte, nicht Sozialist sein, da ihn die gesellschaftlichen Mächte, die hinter ihm stehen, daran hindern würden. Aber er will es auch gar nicht sein.

Die faschistische Bewegung ist ebenso wie die nationalsozialistische in Deutschland eine vom Kleinbürgertum getragene und von dem Unternehmertum finanzierte Bewegung. Um die Massen diesem Kapitalistendiktat unterwerfen zu können, sind die Syndikate eingerichtet worden, die von jedem Einfluß auf die Produktion ferngehalten und durchaus von oben diktiert sind. Es gibt keinerlei Selbstverwaltung, keinerlei freie Wahl der Gewerkschaftsführer, wohl aber in dem kleinen, wenig industriellen Lande über 20 000 Gewerkschafts„bonzen“, die zum weitaus größten Teil aus der bürgerlichen Klasse stammen und auf diese Weise von Mussolini ökonomisch versorgt werden.

Wenn nun behauptet wird, die Arbeiterschaft sei mit diesem faschistischen Regime zufrieden und zum Beweise dessen auf das sogenannte Hebißit vom

24. März 1929 verwiesen wird, in dem 90 Proz. für die faschistischen Listen gestimmt haben, so beweist das gar nichts, beziehungsweise viel zuviel, denn man muß nur wissen, daß selbst in dem deutschen Südtirol, wo die Bevölkerung, von allen anderen Diktaturerscheinungen abgesehen, den Faschismus schon aus nationalen Gründen auf das grimmigste haßt, angeblich 90 Proz. Stimmen für die Faschisten abgegeben wurden. Die Führer dieser deutschen Südtiroler haben dazu das folgende gesagt: „Wenn eine mit allen Machtmitteln ausgestattete Regierung durch ihre Behörden auf die Bevölkerung unter Bedrohung der persönlichen Freiheit eine in Europa ganz unbekannte Nötigung ausübt, wird jedes Wahlverfahren zu einem wirkungslosen Täuschungsversuch, besonders wenn außer den Werkzeugen der Diktatur niemand eine Prüfung des Abstimmungsergebnisses vornehmen kann.“

Die letzten geheimen Wahlen waren die Wahlen zu den Betriebsräten im Jahre 1925. Diese Wahlen ergaben eine gewaltige Mehrheit für die Sozialisten, zum Teil sogar für die Kommunisten. Bei Baughiero in Condove wählten von 900 Arbeitern 786, davon 745 sozialistisch, 41 faschistisch. Bei den Officine di Savigliano gab es bei 637 Wahlberechtigten und 571 Wählern 526 sozialistische, 8 ungültige, 27 weiße und 1 faschistische Zettel. In der Autofabrik Spa wurden gezählt 347 Sozialisten und 137 Stimmen für die (nicht faschistischen) Kriegsteilnehmer. In den Fiat-Werken gab es 3740 kommunistische, 4463 sozialistische, 760 faschistische und 390 katholische Stimmen; im Stahlwerk der Fiat hatten die Sozialisten die Mehrheit. Heute dürfte die Stimmung der Arbeiterschaft womöglich noch faschistenfeindlicher sein.

Man darf sich allerdings nicht als Tourist in Italien durch Arbeiterumzüge mit Faschistenfahnen beirren lassen, sondern man muß wissen, daß diese sogenannten Arbeiterbildungseinrichtungen für ihre Mitglieder bis zu 75 Proz. Ermäßigungen auf den Verkehrsmitteln, in den Theatern, Kinos usw. gewähren.

Welchen Anlaß sollten auch die Arbeitnehmer haben, mit diesem Regime zufrieden zu sein. Ihre soziale Stellung hat sich dank diesem Regime zweifellos verschlechtert. Das ausgebreitete Konsumgenossenschaftswesen der Arbeiterschaft, das nicht nur wie in Deutschland auf den Betrieb von Lebensmitteln beschränkt, sondern auch auf Speisewirtschaften, Apotheken, Friseurläden usw. ausgedehnt war, ist bezeichnenderweise zuerst von der kleinbürgerlichen Bewegung als Konkurrenz des Kleingewerbetreibenden mit Stumpf und Stiel verrichtet worden. Die dauernde Herabsetzung der Löhne durch den Faschismus, der die Herabsetzung der „manövrierten“ Kleinhandelspreise bei weitem nicht gefolgt ist, macht die italienischen Arbeiter nach der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes zu den schlechtest bezahlten Europas; ihr durchschnittlicher Stundenlohn beträgt gegenwärtig

44 bis 45 Pfennig, also ungefähr die Hälfte dessen, was der im Verhältnis zu anderen Nationen schon schlecht bezahlte deutsche Arbeiter verdient.

Die Arbeitslosigkeit ist durch Lohnherabsetzung nicht verhindert worden. Ende 1930 gab es nach den keineswegs vollständigen Angaben der Regierung in Italien eine halbe Million Arbeitslose. Da der größte Teil der landwirtschaftlichen und alle saisonmäßig Arbeitslosen von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind, ist auch diese Zahl für das wenig industrielle Volk von 40 Millionen sehr hoch zu nennen.

Den im Jahre 1919 in Italien eingeführten Achtstundentag hat der Faschismus zunächst durch das Dekret vom 5. März 1923 bestätigt, am 30. Juni 1926 aber wieder zugunsten des Neunstundentages beseitigt. Andererseits haben die Arbeitnehmer durch den Faschismus ein gesetzliches Recht auf bezahlte Ferien erhalten.

Die Arbeitslosen-, Unfall- und Altersversicherung ist aus der vorfaschistischen Zeit erhalten geblieben und am 1. Juli 1928 durch eine Versicherung gegen die Tuberkulose ergänzt worden. Die letztere bedeutet nur ein bescheidenes Pfälzchen für das frühere umfassende Krankentafelnwesen, das der Faschismus ebenso vollständig vernichtet hat wie die sehr ausgebauten Konsumgenossenschaften der Arbeitnehmer. Die obligatorische Krankenversicherung hat die Diktatur bisher gegen den Widerstand der Unternehmer nicht durchzuführen vermocht, und die heutigen Betriebs- und die Syndikatstafeln bilden einen nur höchst unzulänglichen Ersatz.

Aber selbst wenn es so wäre, daß der Faschismus — was er nicht tut — eine gute soziale Politik triebe, so muß doch die Arbeiterschaft ihn mit allem Nachdruck ablehnen, denn in Wahrheit kann die Befreiung der Arbeiterklasse immer nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Sowie im 18. Jahrhundert die Feudalaristokratie übernehmen konnte, so wie im 20. Jahrhundert die Lebensformen der Bourgeoisie übernehmen, sondern muß ihre eigenen Formen zu gestalten suchen. Weil aber die Diktatur das ganze Volk politisch entmündigt und insbesondere jede eigenständige Arbeiterbewegung unterdrücken muß, konnte ihr auch eine diktatorische sozialistische Politik nichts helfen, denn die Arbeiterschaft braucht die Demokratie als den politischen Boden, auf dem allein sie — im Parlament, in der Partei, in den Gewerkschaften, in den Städtevertretungen und anderen Selbstverwaltungseinrichtungen — die Gelegenheit hat, in die Leitung von Staat und Wirtschaft hineinzuwachsen. Schon aus diesem Grunde muß sie die faschistische ebenso wie die bolschewistische Diktatur ablehnen.

Zum Schluß müssen wir uns aber die Frage vorlegen, mit welchen Mitteln es den Faschisten gelungen ist, in Italien zur Herrschaft zu gelangen, und welche Mittel es waren, die den Nationalsozialisten die Erfolge des letzten Jahres gebracht haben. Und da müssen wir eingestehen, daß ihre propagandistische Agitation der sozialistischen deshalb überlegen war, weil sie sich viel härter an das Gefühl und viel weniger an den Verstand gewandt hat. Die Faschisten wollen bewußt keine Theoretiker erziehen, sondern sie wollen praktische Kämpfer haben. Vor allem auf die Jugend wirken sie dadurch, daß sie ihr statt schwerverständlicher Programme Uniformen, Abzeichen, Fahnen und Marschmusik bieten. Man mag über diese Dinge lächeln, man muß sich ihrer aber, wenn man den politischen Erfolg haben will, bedienen — und wer die Jugend hat, der hat die Zukunft. Arbeiten wir daran, daß die Jugend und die Zukunft uns gehören!

Schokoladenpreise

Auf die Mitteilungen in der Tagespresse über den bedeutenden Preisrückgang der für die Schokoladenindustrie hauptsächlich in Frage kommenden Rohstoffe versucht man mehr das Unternehmertum die Sache so hinanzustellen, daß dieser Rückgang für die überseeischen Produkte (Kakao) schon deshalb nicht zur Geltung kommt, weil der gegenwärtig darauf laufende Zolltag bedeutend höher ist als in der Vorkriegszeit. Nebenbei wird auch mit unwichtigen Zahlen operiert, um der Defensivität begründen zu können, warum ein Preisrückgang bei

Schokolade nicht eingetreten ist. Es stimmt nicht, daß ultimo Dezember 50 Kilogramm Accra good fermented 29,00 Mk. kosteten, sondern der tatsächliche Preis war 27,60 Mk. gegenüber 43,60 Mk. im Januar 1930. Wenn aber nach diesen Unternehmerangaben das gleiche Quantum 1914 29,— Mk. kostete und darauf ein Zolltag von 10,— Mk. lag gegen 17,50 Mk. jetzt, so ist demnach eine bedeutende Preisentlastung von Beginn bis Ende des Jahres 1930 eingetreten. Auch damit werden die Tatsachen nicht verwischt, daß der Abgang durch Entfernung der Schalen und Samenteile vor der Fabrikation mit verzollt werden muß, denn dieser Vorgang war schon immer zu verzeichnen und hat absolut keinen Einfluß auf den tatsächlichen Preisrückgang der Rohstoffe.

Ebenso ist es unrichtig, daß der zweite Hauptrohstoff (Zucker) nicht im mindesten der rückgängigen Preisconjunktur gefolgt ist. Magdeburger Wehlis kostete im Januar ohne Steuer und ohne Sack 22,56 Mk. und Ende Dezember 1930 19,75 Mk. Die Unternehmer wollen von diesen Tatsachen nichts wissen, sondern sie streben darauf hin, andere Ermäßigungen ihrer Untkosten und darunter ganz besonders einen Abbau der Löhne durchzuführen. Wir staunen über diese Einstellung, denn es ist allbekannt, daß die Tariflöhne für die Beschäftigten in der Schokoladenindustrie weit unter dem Durchschnitt des allgemeinen Tariflohnniveaus liegen. Außerdem kommt hinzu, daß

Nur Einigkeit bringt uns vorwärts!

Am 14. März ist der 12. Wochenbeitrag fällig

von einer Vollbezahlung in den allermeisten Betrieben keine Rede ist. Kurzarbeit und zeitweise Betriebsstilllegungen sind in allen Landesteilen und Betrieben zu verzeichnen. Das tatsächliche Jahresloheinkommen der Arbeiter und Arbeiterinnen in dieser Industrie hat sich gegenüber der Vorkriegszeit keineswegs in dem Ausmaße gesteigert, wie die Verteuerung der Lebensmittel und Gebrauchsartikel eingetreten ist. Diese Tatsachen können vom Unternehmertum nicht aus der Welt geschafft werden. Die kommenden Lohnverhandlungen werden uns recht bald zeigen, wohin die Wege führen sollen, die vom Dabu durch die Kündigung des Lohnabkommens beabsichtigt wurden.

Wir haben kürzlich unsere Kollegenschaft dringend ersucht, keine Minute nutzlos verstreichen zu lassen, sondern mit größter Energie auf die Machterweiterung unserer Organisation hinzuwirken. Ist das seitdem in allen Betrieben geschehen? Haben unsere Verbandsmitglieder den uns fernstehenden die Notwendigkeit des Anschlusses an ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung vor Augen geführt? Wo das bisher versäumt wurde, muß unbedingt jetzt planvoll die Verarbeitung zur Gewinnung der uns fernstehenden Kollegen und Kolleginnen eingeleitet werden.

Wieder zollfreies Gefrierfleisch

Der Reichstag stimmte einem sozialdemokratischen Antrag zu, wonach für 50 000 Tonnen Gefrierfleisch die zollfreie Einfuhr beschlossen wurde. Unser Kollege Bergmann begründete in einer mit vielen Beweisen durchsetzten Rede die Notwendigkeit, den großen Kreisen der verarmten Bevölkerung billiges Fleisch zukommen zu lassen. Natürlich wurde vom Reichs ernährungsminister ein Loblied gesungen auf die große Preisentlastung bei Fleisch und Fleischwaren. Es war aber nicht überzeugend, denn jedermann weiß, daß der Preisrückgang keineswegs bei diesen hochwertigen Nahrungsmitteln in der Weise eingetreten ist wie die Kürzung der Löhne. Der Fleischermeister Schneidewind in Mülheim bei Köln von der Wirtschaftspartei verwechselte dabei das Parlament mit einer carnevalistischen Sitzung und trat als Hüterredner auf und erzählte den Witzen, daß in Köln vorzügliches Rinderfett pro Pfund um 30 Pf. und die beste Wurst das Pfund zu 20 Pf. verkauft wird. Auch in Kaiserslautern soll nach diesen Erzählungen ebenfalls prima Wurst das Pfund zu 20 Pf. in Verkauf kommen. (Siehe auch Artikel.)

Änderung des Brotgesetzes

Der Reichstag stimmte den Anträgen der Sozialdemokratischen Partei zu, wonach bedeutende Änderungen im Brotgesetz beschlossen wurden. Der Ausnahmszwang für Roggen wird zukünftig auf 70 Proz. erhöht. Gefallen ist der Beimischungszwang von Roggen zu Weizenmehl, sowie die Bestimmung, daß in den Gaststätten keine Kleinware aus Weizen verkauft werden darf. Sobald der neue Wortlaut des Gesetzes vorliegt, werden wir darauf zurückkommen.

Schneidewindsche Leberwurst

„Wir wollen einmal ehrlich sein“, so leitete der Kölner Fleischermeister Schneidewind von der Wirtschaftspartei seine Gefrierfleisch-Jugendrede im Reichstag ein. Zu diesem Zweck pukte er sich besonders sein heraus. Geschniegelt und gebügelt stand er auf der Rednertribüne. Die Kölner Bevölkerung geriet außer Rand und Band, als sie erfuhr, daß bei Schneidewinds die beste Wurst für 20 Pfennig zu kaufen ist. Wie es dabei zugeht, darüber entnehmen wir der „Rheinischen Zeitung“ folgenden Bericht:

Herr Schneidewind heißt Karl mit Vornamen und er ist bekanntlich ein Mülheimer Metzgermeister, dessen Würste die Herzen der Menschen erfreuen. So gut, so würzig, so speckwürfelduftig sind sie.

Schneidewinds der Karl hat aber auch noch einen Nebenberuf, an den er, wie das nun schon einmal in der Republik so geht, gekommen ist. Karl ist nämlich Reichstagsabgeordneter und Sendbote des souveränen Volkes. Ein so hohes Amt verpflichtet. Was tut nun Karl?

Seitdem er Reichstagsabgeordneter ist, verschleudert er diese seine gute, würzige, duftige Wurst für — man glaubt es nicht — für 20 Pfennig das Pfund...

Als wir die frohe Botschaft von Karls praktischer Wohltätigkeit heute früh durch Draht und Radio erfuhren, wollten wir unseren Ohren und Augen nicht trauen. Und doch, es war so! Karl Schneidewind hatte es gestern Abend, hingerissen vom Wohlklang seiner eigenen Beredsamkeit, dem erkaunt aufgehenden Reichstag verkündet. Da blieb dem Brüning wahrhaft die Schmalzstufe im Halse stecken, und selbst Söllmann lenkte für einen Augenblick den schäumenden Münchner Hentelkrug. Kurz: Alles war baff! General Gröner notierte sofort den Fall, eine riesige Heereslieferung telegraphisch nach Köln zu vergeben. Auch der Außenminister fand sofort seine Geistesgegenwart wieder und telegraphierte noch in selbiger Stunde an Briand:

Liefern von jetzt ab Schneidewindsche Leberwurst. Stop. Jeder Franzose bekommt a conto Reparationen, sonntäglich seinen Schwarzenagen. Stop. Wendert dafür sofort polnische Grenze und Korridor. Stop. Young-Plan löst sich in Naturalien auf. Stop. Verständigt Henderson und Row. Stop. Adolf Hitler ist bereits informiert. Stop.

Curtius.

Der Reichstag beschloß dann auf Vorschlag Löbes die Sitzung abzubrechen. Jedem war die Feierlichkeit der Stunde klar: Das zweite Paradies war angebrochen...

Später ist dann zwar Herr Schneidewind um 10 Pfennig aufgeschlagen; das Nähere erlese man wieder aus dem heutigen Reichstagsbericht. Aber das konnte der überall bereits eingetretenen Feststimmung keinen Abbruch mehr tun.

In der Ackerstraße zeigten sich noch am Abend die ersten Fahnen.

Im Hamburger Hafen heulten die Sirenen.

Pflichtgemäß hat bei dieser Sachlage die Redaktion der „Rheinischen Zeitung“ durch einen ihrer repräsentabelsten Vertreter dem Baden des Herrn Karl Schneidewind in Mülheim, Berliner Straße 39, einen Besuch abgestattet. Zwei Gründe waren für diesen unseren Entschluß maßgebend:

Erstens wollten wir Herrn Schneidewind zu seiner guten und großen Tat gratulieren. Wir haben lange in Deutschland keinen Retter mehr gehabt. Suchheirassa, jetzt haben wir wieder einen. Karl soll er heißen!

Zweitens behauptete unser Redakteur für den volkswirtschaftlichen Teil, gestützt auf die bedeutendsten nationalökonomischen Kapazitäten der Gegenwart, daß Preis und Nachfrage in der kapitalistischen Wirtschaftsepöche in einem bestimmten Verhältnis zueinander stünden. Weniger platonisch ausgedrückt: wir befürchteten, keine Schneidewindsche Wurst für 20 Pf. mehr zu bekommen, wenn wir nicht mit unserm Besuch schnell machten. Um durch eventuelle Volksaufläufe und Massenmeetings vor Herrn Schneidewinds Baden durchzukommen, empfahlen wir unserm Vertreter, eine Autohupe und ein bißchen Tränengas mitzunehmen.

Soeben ist nun der Vertreter der Redaktion wieder in unserer Behausung eingetroffen. Wortlos hat er aus seinem Mantel

- 1. ein Pfund bester Schneidewindscher Leberwurst.
- 2. ein Pfund vorzüglichsten Schneidewindschen Rinderfettes

herausgemickelt und uns auf den Tisch gelegt:

- ad 1) Für die Wurst (Leberwurst) hat er 1 Mark und achtzig Pfennig bezahlt.
- ad 2) Für das Rinderfett (schlechteste Qualität, andre war nicht da) 40 Pfennig ausgelegt.

Daraufhin haben wir den Reichstagspräsidenten und die Reichskanzlei über unsern wahren Sachbefund in Mülheim pflichtgemäß unterrichtet.

Die Fahnen in der Ackerstraße wurden schon heute vormittag wieder eingezogen.

Unserm Redaktionsvertreter haben wir einen Vor- schuß auszahlen lassen.

Das Stück Leberwurst und das schöne Rindereschmalz aber — wir wollten in der Redaktion wirklich um diese herrlichen Sachen nicht so würfeln, wie man feinerzeit um Christi Rod gespielt hat. Also haben wir's einem kleinen Jungen auf der Straße geschenkt mit der Bitte, wenn er einmal groß ist, die Wirt- schaftspartei und vor allem Herrn Schneidewind zu wählen. Dann brauchte er nicht Schlosser zu werden und auch nicht Straßenbahn-schaffner. Dann nämlich hingen die Würste nur so an den Telegraphenstangen herum und Schmalz regnete es bei jeder halbwegs trocknen Witterung...

Man glaubt es kaum...

Im „Kölnner Totalanzeiger“ von gestern Abend heißt die in Frage kommende Stelle in Schneidewinds Rede wörtlich:

„In einer späteren Bemerkung erklärte Abgeord- neter Schneidewind (W.P.) dazu, bei den Kölner Fleischermeistern sei tatsächlich frisch ausgelassenes Fett das Pfund für dreißig Pfennig zu haben. Ein Fleischermeister in Kaiserslautern liefere jede Woche 200 Zentner Blutwurst für zwanzig Pfennig das Pfund.“

Dorthin, dorthin, Möcht ich mit dir, o mein Gefiebter zieh'n.

Umsätze in den badischen Bäckereien und Metzgereien

In der amtlichen Erhebung über die Umsätze in wichtigen Gewerbebezügen im Jahre 1927 werden auch die Ergebnisse nach Landesteilen veröffentlicht. Wir greifen heute Baden heraus mit insgesamt 4 552 Bäckereien und 2 690 Metzgereien, die als veranlagte Betriebe in Frage kommen. In diesem Lande kommen auf je 10 000 Einwohner 20 Bäckereien und 12 Metzgereien. Das Bäckergewerbe ist somit bedeutend stärker vertreten und daher ist auch der Pro- zentsatz der Zwergbetriebe im größeren Ausmaße vor- handen als im Metzgergewerbe. Baden steht sogar weit über dem Durchschnitt im Reiche, wonach auf je 10 000 Einwohner nur 16 Bäckereien in Frage kommen; es ist aber auch günstiger bei den Metzgereien, wo im Reichsdurchschnitt 13 Betriebe entfallen.

Der Gesamtumsatz in den Bäckereien be- trug 102,4 Millionen Mark oder durchschnittlich je Betrieb 22 496 Mk. Hier liegen wiederum die Bäckerei- umsätze weit unter dem Reichsdurchschnitt mit 26 157 Mark. Ueber dem Durchschnitt ragt wesentlich Karlsruhe mit 35 218 Mk. hinaus. Von den Bäckereibetrieben hatten weit mehr als die Hälfte, nämlich 2 707, einen Durchschnittsumsatz unter 20 000 Mk. Diese Betriebsklasse partizipiert an dem Gesamtumsatz mit 29,7 Millionen Mark.

Diese Feststellung beweist, wie ungemein stark in Baden der unwirtschaftliche Zwergbetrieb vertreten ist. Dieser Betriebsklasse stehen 1 845 Bäckereien gegen- über mit einem durchschnittlichen Umsatz von je über 20 000 Mk. und beherrschen von dem Gesamtumsatz 72,7 Millionen Mark. Im badischen Bäckereigewerbe konzentrieren sich über 2/3 des Gesamtumsatzes auf etwa 40 Proz. aller Betriebe. An der Umsatzsteuer ist das Bäckereigewerbe mit 0,76 Millionen Mark be- teiligt. Auf den Gesamtumsatz von Brot- und Back- waren entfällt pro Kopf 44 Mk. jährlich, er ist höher als der durchschnittliche Reichsumsatz pro Kopf mit 42 Mk.

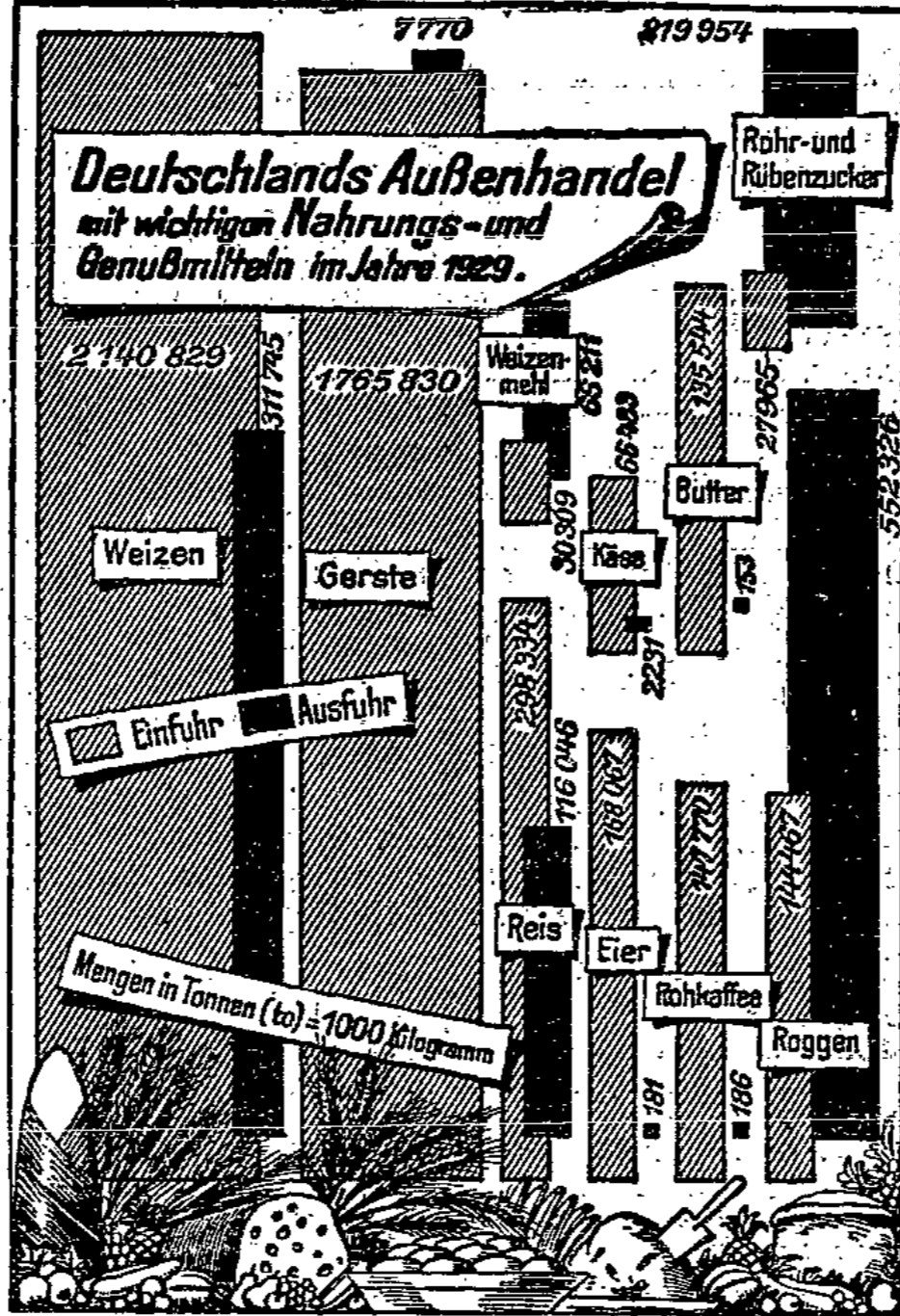
Im Metzgergewerbe ist ein Gesamt- umsatz von 140,7 Millionen Mark festgestellt. Die wirtschaftliche Kapazität der Metzgereien ist bedeutend höher als die in den Bäckereien. Im Durchschnit- t ergibt sich pro Betrieb ein jährlicher Umsatz von 52 323 Mk. gegenüber 54 527 Mk. im Reichsdurch- schnitt. Der Fleisch- und Wurstwarenverbrauch ist so- mit hinter dem durchschnittlichen Verbrauch im Reiche. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, daß in erster Linie die stark vertretene ländliche Bevölkerung er- fahrungsgemäß ihren Bedarf an Lebensmitteln vor- wiegend auf dem Wege der Selbstversorgung deckt. Sie kommt somit als Abnehmer für die Erzeugnisse des Bäcker- und Metzgergewerbes in geringerem Maße in Betracht.

Ueber dem Landesdurchschnittsumsatz steht beispie- lweise Karlsruhe mit 99 435 Mk. weit hinaus. Nach Größengliederung kommt in den Metzgereien das un- gefehrte Verhältnis gegenüber den Bäckereien in Er- scheinung. Im Metzgergewerbe hatte der über- wiegende Teil der Betriebe, nämlich 1 850, je einen Umsatz von über 20 000 Mk. und nimmt an dem Gesamtumsatz mit 132,6 Millionen Mark Anteil. Nur 840 Metzgereien weisen einen Umsatz von je unter

20 000 Mk. auf und sind an dem Gesamtumsatz mit nur 8,1 Millionen Mark beteiligt. Im badischen Metzgergewerbe werden 94,2 Proz. des Gesamtumsatzes von 70 Proz. aller Betriebe getätigt. An dem Auf- kommen der Umsatzsteuer ist das Metzgergewerbe mit 1,04 Millionen Mark beteiligt.

Der Verbrauch von Fleischwaren pro Kopf der Be- völkerung beträgt 61,— Mk. Aber auch hier ist die badische Bevölkerung gegenüber dem Reichsverbrauch mit 72,— Mk. für Fleischwaren zurückgeblieben, wofür ebenfalls die bereits oben erwähnten Gründe der Selbstversorgung der ländlichen Bevölkerung in Be- tracht zu ziehen sind.

Dieser interessante Einblick in die Betriebsgrößen- verhältnisse zweier wichtiger Nahrungsmittelberufe zeigt erneut die Tatsache, daß hier der familienwirt- schaftliche Zwergbetrieb den Warenmarkt beherrscht. Diejenigen Betriebe, die mit Millionenumsätzen in Frage kommen, sind nur in den Genossenschaften zu



Ein Blick auf die Handelsstatistik, soweit sie für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe von übertra- gender Bedeutung ist, zeigt, daß die Einfuhr von Weizen und Gerste noch immer außerordentlich hoch ist und daß auch die anderen wichtigen Nahrungs- und Ge- nußmittel in der Liste der Einfuhrverbote einen be- vorzugten Platz einnehmen. Trotzdem zeigt die Ein- fuhr von Lebensmitteln und Getränken seit dem Jahre 1927 eine stetig anhaltende Verringerung, die be- sonders auch im ersten Halbjahr 1930 anhielt. Zu der Verringerung der Einfuhrwerte von Agrarprodukten und Nahrungsmitteln trug die allgemein rückläufige Preisbewegung auf den Getreide- und Futtermittel- märkten bei. Leider hat die allgemein geringere Käuf- kraft der Bevölkerung nicht zur Belebung des Marktes beitragen können, trotzdem der Verbrauch dieser Waren weniger von der allgemeinen Konjunktur- bewegung abhängig ist.

finden. Privatkapitalistische Großbetriebe bestehen im Bäckereigewerbe überhaupt nicht. Warum sich das Privatkapital nicht auf die fabrikmäßige Erzeugung von Brot und Backwaren geworfen hat, liegt wohl in erster Linie daran, daß das Bäckereigewerbe viele günstige Chancen aufweist, indem es Produktions- und Verkaufsgewerbe ist und für den Einkauf der Roh- produkte nur geringe Kapitalien in Frage kommen, die durch den täglichen Warenverkauf selbst und ohne Zuhilfenahme fremder teurer Gelder geschafft werden können.

Das Metzgergewerbe hingegen zeigt davon eine star- k abweichende wirtschaftliche Struktur, die daher bedingt ist, daß hier der Zwergbetrieb die Existenzmöglichkeit stark verloren hat, aber der Mittel- und Großbetrieb durch größeren Kapitalbesitz stärkeren Eingang finden konnte.

Getränkesteueraufkommen im Januar

Aus der Veröffentlichung des Reichsfinanzministe- riums über die Reichseinnahmen im Januar entneh- men wir, daß die Einnahmen an Biersteuer im Be- richtsmonat gegenüber dem Vormonat um 4,39 auf 34,42 Millionen Mark zurückgegangen sind. Gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres steigerten sich die Einnahmen lediglich um 3,94 Millionen Mark oder 13 Proz. Insgesamt wurden in den ersten zehn Monaten des Rechnungsjahres 1930/31 rund 402 Millionen Mark Biersteuer vereinnahmt, das sind lediglich rund 53,99 Millionen Mark oder 13,4 Proz. mehr als in der gleichen Zeit des Vor- jahres. Von der im Haushaltsvoranschlag eingelegten Summe in Höhe von 550 Millionen Mark dürften nach Ablauf des Jahres auf Grund des bisherigen Ergeb- nisses annähernd 70 bis 80 Millionen Mark fehlen. In diesem Fehlbetrag spiegelt sich nicht nur die unge- mein schwierige Wirtschaftslage wider, sondern auch der Rückgang des Bierverbrauchs infolge der großen Arbeitslosigkeit und der durch die stark erhöhten Steuern erfolgten Bierpreiserhöhung.

Die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol beliefen sich im Berichtsmonat auf 20,52 Millionen Mark. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ist eine nur geringe Steigerung von rund 300 000 Mk. eingetreten. Im Vergleich zu dem vorausgegangenen Dezember ist ein Rückgang von mehr als 800 000 Mk. zu verzeichnen. Die Gesamteinnahmen aus dem Spiritusmonopol in den ersten zehn Monaten beliefen sich auf rund 173,49 Millionen Mark.

Die Einnahmen aus der Mineralwasser- steuer haben sich im Januar wider Erwarten um ein geringes gesteigert. Die Steigerung beträgt nur 32 000 Mk. und die gesamte Einnahme des Monats beträgt auch nur 818 729 Mk. Die Steigerung mag auf verschiedene Umstände zurückzuführen sein, eine Besserung des Absatzes dürfte dabei wohl kaum eine Rolle gespielt haben. Die Gesamteinnahmen im laufenden Steuerjahr belaufen sich auf 13,62 Millionen Mark.

Die Schaumweinsteuer ist von rund 1,22 Millionen Mark im Januar des Vorjahres auf 775 000 Mark im Januar 1931 zurückgegangen.

Sinken die Schweinepreise?

Für die deutsche Ernährungswirtschaft und für das Fleischergewerbe im besonderen spielen die Preise für Lebendschweine eine große Rolle. Wird doch der Ab- satz von Fleischwaren und die Aufnahmefähigkeit beim Käufer nicht unwesentlich beeinflusst. In der heutigen Krisenwirtschaft, wo der Käufer sowieso schon seinen Fleisch- und Wurstbedarf auf das größtmögliche ein- schränkt, ist eine Senkung der Schweinepreise nur zu begrüßen.

Das Preußische Institut für Marktforschung beschäf- tigt sich jetzt in seinen „Blättern für landwirtschaftliche Marktforschung“ mit den Fragen der Schweinehaltung und kommt dabei zu dem Resultat, daß im Jahre 1931 mit einer wesentlichen Senkung der Schweinepreise gerechnet werden müßte. Für die kommenden fünf Jahre würde sich ein Durchschnittspreis auf den euro- päischen Märkten von etwa 100 Mk. für 100 Kilo- gramm Lebendgewicht ergeben gegenüber 134 Mk. für 100 Kilogramm in den Jahren 1924 bis 1929. Es handelt sich hierbei um Durchschnittspreise. So soll beispielsweise für die Handelsklasse D (Berlin) der Preis zwischen 55 und 47,5 Pf. pro Pfund liegen. Zusammenfassend sagt das Preußische Institut für landwirtschaftliche Marktforschung, daß die Preise sogar niedriger werden könnten als in den Jahren der Währungsstabilisierung. Teilweise würden sogar die Schweinepreise noch wesentlich unterboten. Den genauen Zeitpunkt, wann diese „Schweinepreis- prognose“ eintritt, kann natürlich noch niemand an- geben; schließlich ist der Preis ja auch von der Ernte 1931/32 abhängig.

In diesem Zusammenhang soll betont werden, daß sich augenblicklich eine Verschiebung in der deutschen Schweinehaltung bemerkbar macht. Es fehlt eine immerhin starke Schweineabwanderung nach dem Osten Deutschlands ein. Der Osten Deutschlands mit seinen verhältnismäßig günstigen und billigen Futter- plätzen erhält gegenüber anderen deutschen Provinzen starken Zuzug. So ist vor allem die Schweineabnahme in Schleswig-Holstein bedeutend. Geht die Entwick- lung so weiter, wird der Osten die größte Dichtigkeit in der Schweinehaltung aufweisen.

Daß du nichts kannst, wird dir vergeben, Doch nimmermehr, daß du nicht willst.

Erobert in allen Betrieben die gesetzliche Betriebsvertretung

Regreßpflicht der Unternehmer aus Unfällen

Die Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft tritt seit Jahren für allerschärfsten Unfallschutz ein und bemühte sich, durch scharfe Bestimmungen in ihren Unfallverhütungsvorschriften die Unfallzahlen auf ein Mindestmaß herabzudrücken.

§ 122 der Unfallverhütungsvorschriften der N.S.B. erklärt z. B. die „Knet- und Mengmaschine“ als gefährliche Maschine und verlangt eine automatische Sicherung des Schutzdeckels, die vorher sehr zahlreichen und schweren Unfälle sind dadurch stark herabgedrückt worden.

Die N.S.B. hatte gegen eine Fabrik in Dissen am Teutburger Wald Schadenerschaftsprüche aus einem Unfall geltend gemacht, der sich am 24. Oktober 1925 ereignete. Ein Arbeiter dieses Betriebes war an einer Mengmaschine, die er langsam in Gang gesetzt hatte, durch Abrutschen von dem Sperrhebel mit dem einen Arm in die mit Messern versehene horizontale Welle gekommen und wurde dabei so schwer verletzt, daß der Arm abgenommen werden mußte.

Wir haben schon mehrmals zum Ausdruck gebracht, daß die gewerblichen Betriebe durch die Berufsgenossenschaften zu wenig revidiert werden. Wir müssen erneut verlangen, daß mindestens jährlich einmal jeder Betrieb von der Berufsgenossenschaft revidiert wird.

nun endlich auch Arbeiter als Betriebskontrolleure von der Berufsgenossenschaft eingestellt werden. Um die Unternehmer mehr zur Unfallverhütung zu erziehen, müssen auch die Berufsgenossenschaften mit Regreßlagen gegen sie scharfer vorgehen bei Nichterhaltung der Unfallverhütungsvorschriften.

Richtigstellung

Wir berichteten in dem Artikel „Die Meistertreuen kneifen“ in Nr. 9 der „Einigkeit“ von einem Hefehändler Müller, Bremen, der dem meistertreuen gelben Zweigbund Nordwest-Deutschland als Vorsitzender vorsteht.

Ich muß Ihnen zur Aufklärung mitteilen, daß Sie sich mit dieser Bezeichnung sehr geirrt haben. Soweit aus dem betreffenden Artikel zu ersehen ist, bezieht sich derselbe auf meinen Bruder Georg Müller, Bremen (Vertreter der „Rheinische Breßhefe und Spiritwerke A.-G.“, Monheim i. Rhld.).

Wir nehmen gerne zur Kenntnis, daß der gelbe meistertreue Führer Georg Müller nicht Hefehändler, sondern als Vertreter der „Rheinische Breßhefe- und Spiritwerke A.-G.“, Monheim i. Rhld., tätig ist.

Mehl- und Brotpreise am 1. März

Der Weltweizenmarkt zeigte im Februar durch die regere Nachfrage der europäischen Zuschauerländer eine festere Tendenz. Trotz der in den Ueberseeländern reichlich vorhandenen Ueberschüsse wurden erhebliche Preissteigerungen erzielt.

Table with 4 columns: Ort, Weizenmehl, Roggenmehl, and price. Rows include locations like Ostasberg, Breslau, Bielefeld, etc.

Nach nach unserer monatlichen Statistik für eine Reihe von Orten hat sich der durchschnittliche Preis für einen Doppelzentner Roggenmehl von 28,63 Mt. am 1. Februar auf 29 Mt. am 1. März erhöht.

Table with 6 columns: Ort, 1 dz Weizenmehl, 1 kg Roggenmehl, 1 dz Weizenmehl, ein Weizenbrötchen, Gewicht des Weizenbrötchens. Rows include locations like Ostasberg, Breslau, Bielefeld, etc.

1) Durchschnittspreis, 2) Brotmehl, 3) Weizenmehl.

Technik und arbeitender Mensch

Es ist eine unumstößliche Tatsache, daß die Technik nicht gleichmäßig gebunden ist. Es lassen sich keine Normen und Vorschriften festlegen, wann eine neue Erfindung „gemacht“ wird.

Die Technik von heute ist nicht mehr die den Menschen von seiner Arbeit befreiende, sondern sie ist sein stärkster Konkurrent um seine Existenz geworden. Wir befinden uns in einem Zustand, bei dem die Arbeiterschaft durch die Technik in der Kultur zurückgeworfen wird.

Die Leipziger Weltmesse

Die Weltwirtschaftskrise, die Millionen Arbeitslosen, das Daniederliegen zahlreicher Industrien und Gewerbe, alle diese Merkmale einer anormalen Zeit ließen von vornherein erkennen, daß von einer wesentlichen Verkaufstätigkeit auf der internationalen Mustermesse keine Rede sein konnte.

Aus dem Reichsgebiete nahmen 7853 (im Vorjahr 8333) Ausstellerfirmen an der Messe teil. Aus dem Auslande waren 1154 (1271) Ausstellerfirmen erschienen. Außer Deutschland hatten 23 Länder Muster ihrer Waren in Leipzig ausgestellt.

firmen. Erstmals waren Norwegen und Finnland mit eigenen Kollektionsmusterschauen erschienen. Man bedenke, welche Tätigkeit dazu gehört, einen so riesenhaften Apparat in Bewegung zu setzen.



Die Messeaufträge des Jahres 1930 brachten den auf der Leipziger Messe ausstellenden Betrieben Beschäftigung für 151.000 Arbeiter auf ein volles Jahr.

um jeden einzelnen Kunden, der teilweise nur unter großem Preisdruck für die einzelne Firma gewonnen werden konnte. Wie aber auch der Preisabbau erfolgt sein mag, er dürfte den Kaufkraftschwund durch Arbeitslosigkeit und Lohnsenkungen nicht ausgeglichen haben.

Die Bedeutung der Leipziger Messe als Exportförderer darf nicht verkannt werden. In der Tat leistet das Leipziger Messamt hierfür durch seine Werbetätigkeit außerordentlich viel. Die Tätigkeit der elf eigenen Geschäftsstellen und mehr als 200 ehrenamtlichen Vertreterinnen an den wichtigsten Plätzen von 85 Ländern aller Erdteile bedeutet für die deutsche Industrie ein Aktivum.

hängt sie Gewinne über Gewinne zu. Sie ist heute eine rein kapitalistische Angelegenheit.

Ueber die Auswirkung der Technik berichtet die bekannte elektrotechnische Fabrik Siemens und Halske in ihrem Geschäftsbericht: „Unsere Fabrikate konnten wir in vielen Fällen in den letzten Jahren erheblich im Preise heruntersetzen. Auf einigen der für uns wichtigsten Gebieten haben wir die Preise seit dem Jahre 1926 um über 25 Proz. gesenkt, bei gleichzeitiger Steigerung der Löhne im Mittel um 30 Proz. Wir haben diese Preisermäßigung erreicht, zum Teil aber durch Arbeitskräfte ersparende Maßnahmen unter Anwendung von Kapital, wodurch der Anteil des Lohnes an den Gestehungskosten stark herabgedrückt wurde. Das bedeutet eine starke Verringerung der Zahl der beschäftigten Menschen.“

Siemens und Halske gibt unumwunden zu, welche unerhörte Vorteile ihr die Technik brachte. Sie hat allein ihre Belegschaft um 19 000 Köpfe verringert, und in der gesamten deutschen Industrie ist der Beschäftigungswund ebenso offensichtlich. Die tote, leblose Maschine ersetzt den arbeitenden Menschen. Die Gegenwartstechnik wird zum Fluch der Menschheit. Uns bleibt nur die eine Möglichkeit, durch starke Gewerkschaften die weiter um sich greifende Massenverelendung der Arbeiterschaft abzuwehren. Die Gewerkschaften werden und müssen einen Ausweg finden, um aus diesem Dilemma herauszukommen! Machen wir sie deshalb stark und widerstandsfähig, dann werden sie den Kampf bestehen!

Deutsche Unternehmer-Hilfe

Neben der großen Zerspaltung der Arbeiterschaft besteht zu allem Ueberflus noch eine Gewerkschaft „Deutsche Hilfe“, die vom Stahlhelm und natürlich mit Unterstützung der Unternehmer aufgezogen wurde. Der Zweck dieser Gewerkschaft ist „der Zusammenschluß aller deutschen Arbeitnehmer, Männer und Frauen, die in ehrlicher und körperlicher Arbeit Werte schaffen und nicht Klassenverhetzung und Klassenhaß, sondern Zusammenschluß der schaffenden Stände und Schutz der ehrlichen Arbeit wollen“. Daraus ist schon zu erkennen, was Geistes Kind die „Deutsche Hilfe“ ist. Sie hat auch demzufolge bei allen Aktionen, die von der Arbeiterschaft zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung durchgeführt werden, bewiesen, daß sie nicht auf Arbeiter-, sondern auf Unternehmerseite steht.

Die Arbeiterschaft darf froh sein, daß dieses Verbändchen nicht die geringste Bedeutung hat, es würde ihr fürchtbar schlecht gehen, wenn diese Gesellschaft ans Ruder käme. Was Geistes Kind diese Vereinigung ist, geht auch daraus hervor, daß sie „die roten Gewerkschaften des Arbeitervorrats anklagen, denn „sie sind es gewesen, die in unverantwortlicher enger Bindung mit der Sozialdemokratie den Krieg verlorengehen ließen. Sie sind es gewesen, die tatkräftigst und überlegt mit beinahe naiver Leichtfertigkeit das deutsche Volk entwaffneten und dem Feinde das ganze deutsche Volksvermögen in die Hände spielten und sie sind es gewesen, die durch Errichtung von Konsumgenossenschaften die Aufträge nach draußen leiteten und damit dem deutschen Arbeiter das Brot stahlen.“

Soviel Unsinn wurde selten von unseren Gegnern auf diesen engen Raum zusammengedrängt. Sehen

wir aber hinter die Kulissen, dann stellen wir fest, daß die Kassenverhältnisse bei der „Hilfe“ geradezu jämmerlich sind. Die Gesamteinnahmen sind so niedrig, daß zu dem Trick gegriffen wurde, den Bestand der nicht verkauften Beitragsmarken ebenfalls als Vermögensbestand einzustellen. Dadurch war es möglich, mit hohen Zahlen brillieren zu können. Wie sehr wir mit der Bezeichnung „Unternehmerhilfe“ Recht haben, ist daraus schon zu ersehen, daß als Streik- und Aussperrungsunterstützung vom 5. Oktober 1929 bis 31. Dezember 1930 insgesamt 38,44 Mk. ausbezahlt wurden. Sicher wurden diese „enormen Beträge“ zur Verbesserung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder angewendet, um durch „energische Kämpfe“ das Unternehmertum zur Anerkennung der berechtigten Arbeiterforderungen zu zwingen. Gegenüber den freien Gewerkschaften kommt uns dieses Grüppchen vor wie der Mops, der den Mond anbellt, darum lassen wir diesen Rötter klaffen.

Was jedoch die „Deutsche Unternehmer-Hilfe“ infolge ihrer Ohnmächtigkeit nicht erreichen kann, das glauben sie mit großem Mundwerk weizumachen. Da die freien Gewerkschaften bis jetzt von dieser Richtung nicht Notiz nahmen, meinte das amtliche Organ dieser Vereinigung anlässlich ihrer Tagung in Potsdam, und so „richtete mit schlotternden Hosen die Sozialdemokratie ihre roten Augen gen Potsdam“. Der Schreiber dieser Zeilen befindet sich gründlich im Irrtum. Mit Recht haben die freien Gewerkschaften von dem Stelldichein der Stahlhelmgewerkschaft mit dem Unternehmertum keine Notiz genommen. Warum sollten wir darüber schreiben, wenn klar auf der Hand liegt, daß hier nicht daran gedacht wird, Arbeiterinteressen energisch zu vertreten.

Daher handeln die Arbeiter klug, wenn sie dieser Gewerkschaft keine Beachtung schenken. Diejenigen, die durch die Unternehmer in die „Deutsche Hilfe“ gepreßt wurden, wissen, daß sie dort vergeblich warten müssen, bis ihre Lebenshaltung verbessert werden kann. Es ist Aufgabe aller Werktätigen, sich der großen, starken, freien Gewerkschaft anzuschließen!

Diätenschinder

Die Wirtschaftspartei hat für sich in Erbpacht genommen, die „Futterrippenwirtschaft“, die Milchwirtschaft und Verschwendung öffentlicher Gelder und was sonst noch zu besitzgen. Bei den letzten Reichstagswahlen wurde wieder in ihren Wahlaufrufen das Bekenntnis zur „Bereinigung aller Nachkriegszustände“ abgelehnt. In der Zwischenzeit ist durch die Auseinanderziehung Dremig-Colosser eine Blase aufgestochen worden, die viel Gestank um die Wirtschaftspartei verbreitete.

Den Wahlaufruf zierte auch der „Zentralverband der Lebensmittelhändler Deutschlands“, der in letzter Zeit durch seine der Öffentlichkeit bekanntgewordene Abrechnung viel von sich reden macht. In diesem Kassenbericht waren folgende Posten enthalten: Einnahmen an Mitgliedsbeiträgen für 12 Monate 25 563 Mk., Ausgaben für die gleiche Zeit 23 986 Mk., davon für Rechtschutz 731 Mk., für Agitation 467 Mk., für Diplome und Vereinsnadeln 239 Mk., insgesamt 1457 Mk. Den Rest, 22 509 Mk., fraßen die Verwaltungskosten. Der „ehrenamtliche“ Vorsitzende bekam für seine „aufreibende“ Tätigkeit 3800 Mk. Entschädigung. Sie ist auf dem letzten Verbandstag auf 6000 Mk. pro Jahr erhöht worden. Der Hauptvor-

auslande die Erzeugnisse der deutschen Fertigwarenindustrie in solcher Aufmachung zu zeigen, wie alljährlich in Leipzig. Auf der anderen Seite bildet die Leipziger Messe einen internationalen Warenmarkt infolge der Zurschaustellung der Waren aus 24 Ländern. Etwa zwei Millionen deutsche Arbeiter und Angestellte sind in der Exportindustrie tätig. Jede Steigerung der Ausfuhr bedeutet naturgemäß eine Minderung der krisenhaften Auswirkung der Wirtschaftslage und eine Mehrbeschäftigung: Will man dieses Ziel erreichen, so darf man sich logischerweise nicht gegen die Einfuhr fremder Waren absperrn. Ein holländischer Journalist hat beim Presseempfang in seiner Rede unter anderem folgende Sätze nicht ohne Absicht geprägt: „Mehr als je scheint es mir erwünscht, daß die mächtige Stimme dieses Weltmarktes sich erhebt gegen eine Zollpolitik, die sich zu überspizern droht und die die Möglichkeit des internationalen Waren-austausches immer mehr zurückdrängt. Man kann verstehen, daß die Leipziger Messe in allen Weltteilen um ihren Besuch wirbt. Man sollte sich aber darauf vorbereiten, daß das Ausland auf die Dauer auf diesen Ruf antworten könnte: „Aber wo stecken Sie denn? Durch die hohen Zollmauern können wir Sie ja gar nicht mehr wiederfinden!“

Bei allem Vorzug der Leipziger Messe bezüglich der Ausfuhrsteigerung darf der inländische Markt nicht vergessen werden. Der größte Teil der in Leipzig zur Schau gestellten Waren wird und muß im Inland verbraucht werden. Die Inlandspropaganda sollte

deshalb energisch in Angriff genommen werden. Jedoch ist auf einen Erfolg derselben nur zu hoffen, wenn das Inland kaufkräftiger gemacht wird. Die Kaufkraftfähigkeit des Innenmarktes ist durch Lohn- und Gehaltssenkungen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit derartig geschwächt, daß eine Absatzstauung von nie gekannter Schwere eingetreten ist. Das kaufende Publikum in Deutschland wartet auf die Preisfaltung deutscher Industrieerzeugnisse vergebens. So gute, brauchbare und reizende Sachen die deutsche Industrie auf der Musterchau in Leipzig auch zur Schau stellt, letzten Endes kommt es nicht auf die Zurschaustellung, sondern auf die Absatzmöglichkeit an. Wenn auf der einen Seite für Lohn- und Gehaltsabbau eingetreten wird, dann kann auf der anderen Seite keine Geschäftsbelegung erwartet werden.

Raum und Absatzfähigkeit ist für alle Waren und Gebrauchsgegenstände noch vorhanden. Wir haben es ja auch nicht mit einer Ueberproduktion, sondern mit einer Unterkonsumtion zu tun. Diese muß beseitigt werden, dann wird eine flottere Ingangnahme der Wirtschaft erreicht sein. Die Leipziger Messe hat gezeigt, welche unendliche Fülle von Waren die deutsche und ausländische Industrie hervorzubringen vermag. Nunmehr mögen alle, die dazu in stande sind, beweisen, wie der Absatz dieser nützlichen und schönen Waren organisiert werden kann. Das beste Mittel ist hierfür die Hebung der Massenkaufrkraft.

stand bewilligte sich 2291 Mk. an Reisekosten, zu denen noch Diäten in Höhe von 3887 Mk. kamen! Die Reiniger der Wirtschaft verstehen sehr gut, sich wohl-bezahlte Pöstchen zu verschaffen und merken, wenn sie auf „die anderen“ schimpfen, den Dreck vor der eigenen Türe nicht!

Ansturm

gegen den Bäckertarif in Berlin

Wir berichteten seinerzeit darüber, daß die Vereinigung der Brotfabrikanten durch eine einstweilige Verfügung versuchte, den mit uns abgeschlossenen Tarif zu durchbrechen. Dieses Vorgehen hatte auch anstehend auf den Zweckverband der Bäckerinnungen Groß-Berlins gewirkt. Beide Unternehmerorganisationen kündigten nunmehr den Tarifvertrag, weil sie mit ihrer Einstellung durch eine einstweilige Verfügung, die Vertragsbestimmungen außer Kraft zu legen, nirgends Anhang gefunden hatten.

Wenn schon alles die Tarifverträge haßt, so kann auch das Berliner Unternehmertum keine Liebe dafür aufbringen. Von ihm wird gefordert: Eine Kürzung der Lohnsätze bis zu 23 Proz., so wollen es die Brotfabrikanten, und die Bäckermeisterinnungen verlangen einen generellen Lohnabbau um 10 Proz., außerdem Kürzung der Ferientage und Verschlechterung der Bestimmungen über die Weiterbezahlung des Lohnes in Krankheitsfällen.

Die Gehilfenschaft hat keine Lust, ein derartiges Diktat anzunehmen, und in Versammlungen am 3. März haben unsere Vertreter den Brotfabrikanten erklärt, daß sie mit aller Entschiedenheit den reaktionären Vorstoß zurückweisen müssen.

Zu der Vertragskündigung nahm am 5. März eine stark besuchte Bäckergefellensversammlung Stellung. Nach einem Referat des Kollegen Schumann wurde beschlossen, mit größter Energie gegen die Verschlechterungsbestrebungen der wirtschaftlichen Lage anzukämpfen. Der Auftakt in dieser Versammlung wird wohl dem Unternehmertum den Beweis erbracht haben, daß sich die Kollegenschaft unter keinen Umständen wieder zurückdrängen läßt in die Zeit, wo die Bäckergefellens ein Sklavendasein führten. Selbst wenn die wirtschaftliche Lage durch die große Arbeitslosigkeit nicht günstig ist, so wird dennoch mit größter Schärfe der Kampf gegen das Unternehmertum aufgenommen werden.

Das Bäckergerber in Bayern

Das Bäckergerber in Bayern verzeichnet in der Hauptsache Kleinbetriebe, und darunter ist wiederum eine sehr große Anzahl familienwirtschaftlicher Zwergbetriebe, denen vielfach Nebenbetriebe angegliedert sind. Insgesamt bestehen 14 500 Bäckereibetriebe in Bayern rechts des Rheines. Darunter sind 5244 Betriebe, die als Brot-, Weißbrot- und Feinbäckereien und 254 Betriebe, die sich als Bäckerei- und Konditoreibetriebe firmieren und dem Innungsverband angehören. Letzteren sind zu einem sehr großen Prozentsatz wiederum Cafés angegliedert. Von sämtlichen Bäckereibetrieben arbeiten 2362 ohne fremde Hilfskräfte. Mehr als der vierte Teil aller Bäckereibetriebe beschäftigt somit keine fremden Hilfskräfte. Diese Betriebe ohne fremde Hilfskräfte sind aber nur von den 9773 Bäckereien, die in den Innungen organisiert sind, ermittelt worden. Zweifellos sind bedeutend mehr derartiger Betriebe vorhanden. Bei den übrig bleibenden Betrieben wurden 7177 Betriebe mit 1 bis 5 Arbeitskräften ermittelt. Nur 137 Betriebe beschäftigten 6 bis 10 Arbeitskräfte, 11 bis 20 Arbeiter sind gar nur in 24 Betrieben vorhanden, 51 und mehr Arbeiter wurden in 3 Betrieben gezählt.

Das Innungsorgan „Die Bayerische Bäckerei“ hat daher nicht ganz unrecht, wenn sie meint, die Herren der Wissenschaft sollen an der Hand der Zahlen einmal darüber nachdenken, wie hier Rationalisieren und Zusammenlegen ist. Der Bäckereikleinbetrieb ist in allen Landesteilen heute noch dominierend und er beherrscht fast vollständig den Brotmarkt. Die wenigen Großbetriebe, die da und dort bestehen, haben nur sehr schwachen oder überhaupt keinen Einfluß auf den Brotwarenmarkt. Eine Venderung dieses Zustandes, glauben wir, wird auch in der kommenden Zeit nicht eintreten, denn im Bäckergerber hat der Kleinbetrieb eine außerordentlich günstige Position dadurch, daß er nicht nur als Produktions-, sondern auch als Verkaufsgeschäft in Frage kommt.

Wie die Nazis zu Geld kommen

In Görlich haben die Nazis, gleich wie an anderen Orten, ebenfalls den Klingelbeutel geschwungen. Mit ihren bekannten Phrasen wenden sie sich an die Unternehmer und betonen dabei, daß sie die einzigen sind, die den Staat erst einmal lebensfähig machen. Ihre Schnorrbriefe sehen so aus:

„Ru diesem großen Kampfe brauchen wir, als die Mitstreiter Adolf Hitlers, reichliche Geldmittel-

Lad im Reichsfaßel. Das Aufkommen des Reichs an Steuern, Zölle und Abgaben für den Monat Januar betrug 1047 Millionen Mark gegenüber 1110,2 Millionen Mark im Januar 1930.

Wert der Viehproduktion. Nach einem hohen veröffentlichten Bericht des Instituts für Konjunkturforschung betrug der Erlös aus dem Verkauf tierischer Produkte in der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1929/30 6,6 Milliarden Mark.

Rückgang des Malzverbrauchs. Der starke Rückgang des Bierverbrauchs hat naturgemäß auch einen Rückgang der für die Bierbereitung benötigten Rohstoffe zur Folge.

Ägypten bekommt ein Arbeitsministerium. Die ägyptische Regierung hat vor kurzem ein Arbeitsministerium errichtet.

Unternehmertum

Die Innungsfrankentassen. Einer vom Hauptverband Deutscher Innungsfrankentassen herausgegebenen Broschüre über die Innungsfrankentassen in der Statistik entnehmen wir: „Im Jahre 1927 bestanden 824 Kassen mit 520 000 Mitgliedern, 1929 erhöhten sich die Kassen auf 932 mit 637 000 Mitgliedern.“

Hier wird bewiesen, welche schwere Schädigung durch die von den Innungen betriebene Kassensprengung auf die Versicherten durch das weitgehende Entgegenkommen der Landesregierungen ausgeübt werden konnte.

Außer Rand und Band geraten ist die „Fleischer- (Meister-) Verbandszeitung“ über den Auszug der Nazis und der Deutschnationalen aus dem Reichstag.

Genossensch. Rundschau

Umfahrgenüsse der Konsumgenossenschaft. Nach dem vorliegenden Ergebnis aus den Revisionsverbänden des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine betrug der Umsatz im Berichtsjahr 1930 rund 1240 Millionen Mark.

Allgemeine Rundschau

Eine lobenswerte Maßnahme. Um der Arbeitslosigkeit zu steuern hat der Magistrat Berlin angeordnet, daß keiner seiner Beamten nebenberuflich gegen Entgelt tätig sein darf.

zu sein. Das Verbot erstreckt sich auch auf das gewerbetreibende Publikum und es wird insbesondere erwartet auch das ungewerbetreibende Publikum zu unterhalten.

Internationales

Der norwegische Bäckerverband im Jahre 1930. Das vergangene Jahr verlief ziemlich ruhig. Sämtliche abgelaufenen Tarifverträge wurden unverändert verlängert und gelten bis zum 30. April 1931.

Das ganze Jahr hindurch herrschte eine große Arbeitslosigkeit. Durchschnittlich waren 20 Proz. der Mitglieder des Verbandes erwerbslos.

Worte von Henry Ford

Das Herabdrücken der Löhne ist das bequemste, aber auch das verwerflichste Mittel einer unfähigen Geschäftsführung.

Fehler sind eine Quelle der Erfahrung, und es ist die Essenz der Erfahrung, die wir Weisheit nennen.

Das Beste, was die Erziehung für einen Menschen tun kann, besteht darin, ihn in den Besitz seiner Kräfte einzusetzen, ihm die Kontrolle über die Werkzeuge mit denen das Schicksal ihn ausgestattet hat, einzuräumen und ihn alsdann eines zu lehren: zu denken!

Die beste Form der Sparsamkeit ist die Erhöhung deines Einkommens.

die Arbeitslosen im Gesamtbetrag von 10 000 Kronen ausbezahlt. Finanziell steht der Verband mit 200 000 Kronen Vermögen sehr gut.

Der norwegische Nahrungsmittelarbeiterverband im Jahre 1930. Die Mitgliederzahl der norwegischen Organisation stieg im Laufe des Berichtsjahres um 1512, und zwar von 5486 auf 6998 Mitglieder.

Anschluß an den internationalen Gegenseitigkeitsvertrag. Die Verbände der Brauer in Luxemburg und der Bäcker, Konditoren und Zuckerwarenarbeiter in Holland sind dem internationalen Gegenseitigkeitsvertrag, betreffend das Unterstützungswesen, beigetreten.

Erneuerung des Landstarifes im schweizerischen Brauergewerbe. In Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation ist es gelungen, den Landestarif mit einigen Neuerungen und Verbesserungen um zwei Jahre zu verlängern.

Literatur

Die Guttersippe. Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Von Adam Remmele, D. d. R. 32 Seiten, Preis 30 Pf.

Otto überlegte Kriegesplan zur Niederringung der Arbeitslosigkeit. Von O. Lührig, 4 Seiten, Preis 20 Pf.

Die politischen Befangenheiten im faschistischen Italien. Herausgegeben von der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen.

Die politische Krise. Von Dr. Engelbert Graf. Nach einem in der Mitgliederversammlung der D.D.G. in Leipzig gehaltenen Vortrag.

Bege aus der Reihe. Von Emil Sebert. Zweite Auflage, 32 Seiten. Preis 1 Mk.

Wohnung, Miets, Hauskassen. Eine Schrift zur gegenwärtigen Wohnungswirtschaft von Emil Wilt.

Vorwegen, nicht abbrechen. Von Luise Otto. Preis 30 Pf.

Geschlechtsleben und Eros. Von Prof. Fritz Hallé, Mit einem Vorwort von Dr. Magnus Hirschfeld, 29 Seiten, Preis 2,00 Mk.

Die November-Revolution. Von Hermann Müller-Frankent. 28 S. Ganzleinen Preis 5,50 Mk.

Die Frau im besten Licht. Von Staatsanwalt Dr. Wilhelm Bogner, Dr. h. R. 18 Seiten, Preis 20 Pf.

Die Frau im besten Licht. Von Staatsanwalt Dr. Wilhelm Bogner, Dr. h. R. 18 Seiten, Preis 20 Pf.

Anzeigen

Wir haben mit Freude die traurige Nachricht, daß unser Kollege Albert Kintnermann, Schoppenhauer, im Alter von 70 Jahren, Karl Ziethe, im Alter von 70 Jahren durch den Tod, aus unserer Reihen gerufen worden sind.

Den beiden soll Erich Stiefelung und Josef Lepitzki noch ihren lieben Frauen nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kollegen der Ortsgruppe Tübingen.



FRAUENRECHT



Die Nacht nach dem Verrat

Roman von LIAM O'FLAHERTY

Deutsche Rechte Th. Kacer Nachf., Verlag

18. Fortsetzung

„Wie geht es dir, Mädchen?“, fragte er, als er den Kopf hob. „Ich bin noch ein bisschen müde“, antwortete sie. „Aber das ist normal nach dem, was wir heute erlebt haben.“

„Du bist eine tapfere kleine Frau“, sagte er. „Du hast dich sehr gut gehalten.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

Genosse Gollagher berichtet ausführlich als Zeuge über die namhafte Organisation. Hier besteht eine Menge von Erfahrungen, aber nur dem Namen nach.

„Die Arbeit ist sehr hart, aber das ist das Leben“, sagte er. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

„Du wirst dich bald erholen“, sagte er. „Du bist eine starke Frau.“

„Danke“, sagte sie. „Ich bin froh, dass ich noch hier bin.“

Neue Entscheidung in der Wochenhilfe

Nach § 195a der Reichsversicherungsordnung bleibt der Antrag auf Wochenhilfe beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen (Nachweis der vorgeschriebenen Mitgliedszeit usw.) auch dann bestehen, wenn die Versicherte wegen ihrer Schwangerschaft innerhalb sechs Wochen vor der Entbindung aus der Versicherung ausgeschlossen ist. Wir haben diese Bestimmung an dieser Stelle bereits eingehend erläutert, so daß nur noch einmal kurz auf die Hauptfragen eingegangen zu werden braucht. Voraussetzung für die Anwendung dieser Schutzvorschrift, die sowohl für Pflichtmitglieder, als auch für freiwillige Versicherte Anwendung findet, ist, daß die Niedertunft innerhalb sechs Wochen nach dem Ausscheiden aus der Versicherung erfolgt. Wichtiger ist, daß am Tage der Niedertunft die übrigen grundsätzlichen Voraussetzungen zum Erhalt der Wochenhilfe (Mitgliedszeit) erfüllt sind. Als erstes Erfordernis ist notwendig, daß das Ausscheiden aus der Beschäftigung und damit aus der Rasse wegen der bevorstehenden Niedertunft erfolgt. Erfolgt das Ausscheiden aus einem anderen Grunde (Arbeitsmangel, Kündigung, Streit usw.) so kann die Vorschrift nach ihrem klaren Wortlaut keine Anwendung finden. Gerade in dieser Beziehung hat das Reichsversicherungsamt eine folgenreichere Entscheidung erlassen (13. November 1930) gefaßt. Es heißt in der Sache: „Scheidet eine Versicherte nicht wegen Schwangerschaft, sondern wegen Krankheit aus der Versicherung aus, so ist ein Anspruch auf Wochenhilfe nach § 195a Absatz 7 der Reichsversicherungsordnung nicht gegeben.“ Der Entscheidung lag ein Fall zugrunde, in welchem eine Versicherte erkrankte und vom Arbeitgeber bei der Rasse abgemeldet wurde. Sie bezog dann einige Wochen von der Rasse Krankengeld. Im Anschluß an die Erkrankung erfolgte dann die Niedertunft. Der Antrag auf Wochenhilfsleistungen wurde, wie aus der oben wiedergegebenen Entscheidung ersichtlich, abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte, weil das Ausscheiden aus der Versicherung wegen Krankheit und nicht wegen Schwangerschaft erfolgt war.

Abnahme der Säuglingssterblichkeit

Mit dem harten Geburtenträgung steht die erfreuliche Abnahme der Säuglingssterblichkeit im engen Zusammenhang. Die Hauptursache ist jedoch in der Auswirkung der organisierten Säuglingsfürsorge, die mit Beginn dieses Jahrhunderts einsetzte, und besonders in den Nachkriegsjahren gut ausgebaut wurde, anzuführen. Die Abnahme der Säuglingssterblichkeit, die in den letzten Jahren durchschnittlich von 13,8 auf 7,1 oder bei je 100 Geborenen um etwa die Hälfte gesunken ist, kommt auch den unehehlichen Kindern zugute. Trotzdem ist die Sterblichkeit unehehlicher Kinder immer noch doppelt so hoch als die der ehelichen Kinder. Je jünger der Säugling ist, desto stärker ist seine Lebensbedrohung. Es wurde festgestellt, daß trotz des allgemeinen Rückganges der Säuglingssterblichkeit die Sterblichkeit in den ersten Lebensmonaten immerhin noch im ständigen Steigen begriffen ist. Die sogenannte Frühsterblichkeit der Säuglinge ist heute zu einem ernsten Problem geworden, dem man besondere Aufmerksamkeit zuwendet.

„Zuallererst habt ihr gleich zwei Weiber ausgeheiratet. Das muß natürlich Francis' Wert gewesen sein, denn ich nehme nicht an, daß du jemals ein großer Anziehungspunkt für Weiber gewesen bist.“

„Weiber waren Francis' schwache Stelle, leider.“

„Aber gleichviel, es kommt nicht darauf an, wer von euch beiden angefangen hat.“

„Du hast den Honig so gut geschmeckt wie er, soviel mir berichtet worden ist.“

„Ihr habt auch so voll und toll geliebt, daß McPhillip lossing, die ganze Stadt auf den Kopf zu stellen.“

„Wahrscheinlich hätte er ihm geholfen bei dem Unternehmen, aber deine Zeit war damit ausgefüllt, im Mider-Blunter-Strass einen Laternenpfahl aus dem Blaster zu reißen, wegen 'ner Wette um eine Gallone Bier.“

„Witten in eurer Unerkennung trotz McPhillip auf den Sekretär der Farmerunion und ich sah ihn über'n Haufen.“

„Das hat euch dann verdammt schnell nüchtern gemacht, wie?“

„Ihr beiden seid genährt, ohne auch nur den Versuch zu machen, eure Spuren zu verdecken.“

„Wie die haben seid ihr gelassen.“

„Du kamst nach Dublin herein mit 'nem roten Hering von einer Geschichte: ihr wäret angegriffen worden und was weiß ich noch alles.“

„Die grähten Lügen.“

„Na und dann? Weißt du, was ich dir jetzt erzählen werde, Goppo?“

Er machte eine dramatische Pause und sah Goppo tief in die Augen. Goppo bewegte keine Muskel in seinem Gesicht. Er grunzte fragend irgendwo unten aus der Tiefe seines Brustkastens heraus.

(Fortsetzung folgt)